

Bürgermeister Patt erläutert die umfangreiche Verwaltungsvorlage und geht detailliert auf die Entwicklung ein. Insbesondere weist er noch einmal auf die Bedeutung der in der Vorlage genannten „fiktiven Hebesätze“ hin. Diese, so stellt er klar, hätten Auswirkungen auf die der Gemeinde zufließenden Schlüsselzuweisungen.

Herr Schmidt bedankt sich für die gute und umfangreiche Vorlage. Der Haushaltsentwurf des Landes für 2003 beinhalte noch viele Unwägbarkeiten. Auch von Seiten der Politik müssten alle Anstrengungen unternommen werden, zur Verbesserung der Situation beizutragen. Die CDU-Fraktion versichere, dass man der Verwaltung hinsichtlich Ausgabendisziplin den Rücken stärken werde. So sei zwar der vorläufige Verzicht auf die Einführung des AST-Verkehrs bitter, aber im Hinblick auf die Haushaltssituation unverzichtbar.

Auch Herr Tendler bedankt sich beim Kämmerer für die transparente Information. Es sei immer besser, auf diesem Wege über die Situation informiert zu werden, als von außen über die Presse über mögliche Haushaltssperren zu erfahren. Es sei müßig, über Gründe und Ursachen für die Situation nachzudenken; speziell für Eitorf seien dies nicht zuletzt auch konjunkturelle und strukturelle Probleme. Eine mögliche Anhebung von Steuerhebesätzen sei immer unpopulär. Aber gerade deshalb müsse der Bürger bereits frühzeitig klar informiert werden, wenn dies in Erwägung gezogen werde. Nicht hinnehmen könne er die Entscheidung, jetzt auf die Einführung des AST-Verkehrs zu verzichten, insbesondere in der Flächengemeinde Eitorf. Vielmehr sei nach anderen Einsparmöglichkeiten zu suchen. Diesbezüglich sei auch der Kämmerer gefordert.

Der Bürgermeister fasst kurz zusammen und bedankt sich für die konstruktiven Wortbeiträge. Schon seit Jahren übe man Ausgabendisziplin, und Einsparmöglichkeiten gebe es kaum noch. Erschwerend hinzu kämen weitere Aufgabenverlagerungen an die Kommunen, z.B. im Sozialamtsbereich. Hierdurch entstünden weitere Kosten. Die Ämter seien sich der Situation bewusst. Seiner Einschätzung nach werde es nicht gelingen, den Haushalt auszugleichen. Obwohl man um Steuererhöhungen wahrscheinlich nicht herumkomme, sei dies alleine auch keine Lösung. Unter Hinweis auf den vorläufigen Verzicht auf den AST-Verkehr verweist der Bürgermeister den Einsatz eines sog. „Bürgerbusses“. Verschiedene Kommunen würden diesen einsetzen. Informationen hierüber erlange man über das Internet.

Beschluss-Nr.  
XI/20/202

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis